

CDU – Fraktion im Rat der Stadt Rheinbach

Haushaltsrede zum Haushaltsentwurf 2024

Markus Pütz

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: 05.02.2024 18.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

als neuer haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der CDU – Fraktion freue ich mich, heute die Haushaltsrede halten zu dürfen. Ein Novum für mich, obwohl ich schon so lange dabei bin. Und in große Fußstapfen trete ich auch. Denn Mathias Hell hat die Funktion als finanzpolitischer Sprecher in den vergangenen Jahren in herausragender Weise ausgefüllt. Aber ich bin in guter Gesellschaft. Sie, sehr geehrter Herr Evert, haben dieses Jahr erstmals einen Haushalt für die Verwaltung verantwortlich eingebracht, nachdem all die Jahre zuvor unser langjähriger Kämmerer Walter Kohlosser dafür verantwortlich zeichnete. Ich finde, dass Ihre „Feuertaufe“ hervorragend gelungen ist und möchte Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch im Namen der gesamten CDU-Fraktion für Ihre Arbeit und Ihre offene und hilfsbereite Art danken. Sie haben unseren umfangreichen Fragenkatalog im Vorfeld minutiös beantwortet. Vielen Dank.

Zur Vorbereitung unserer Haushaltsberatungen hat die CDU Rheinbach mit einem innovativen Konzept neue Wege beschritten und ein Kompetenzteam „Haushalt und Finanzen“ ins Leben gerufen. Meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in diesem Team vielen Dank für die konstruktive Arbeit.

Bereits an dieser Stelle möchte ich mich auch bei Ihnen, Herr Banken, und dem ganzen Verwaltungsvorstand für Ihre Bereitschaft bedanken, an einer unserer letzten Fraktionssitzungen teilzunehmen. Ich kann nur bestätigen, dass wir – wie Sie es ausdrückten - in einer „konstruktiven und wertschätzenden“ Atmosphäre wichtige Rahmenbedingungen für unser Verständnis des diesjährigen Haushaltsentwurfes mit Ihnen besprechen konnten.

Vor dem Hintergrund der schwierigen Weltlage nach der Corona-Pandemie und angesichts des Ukraine-Krieges, des jetzt schon vier Monate andauernden Krieges in Gaza nach dem menschenverachtenden Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober, und last but not least der immer noch bestehenden Herausforderung nach der Flut, ist die Aufstellung eines kommunalen Haushaltes kein Pappentier. Für keinen der beteiligten Akteure. Dass das mit dem Haushalten auch so keine einfache Angelegenheit ist, davon gibt die Ampel im Bund ja gerade ein bemerkenswertes Beispiel ab.

Nüchtern betrachtet sollen wir heute, wie auch im vergangenen Jahr, ich zitiere Mathias Hell: „einen Haushalt beschließen, der vor allem in der Finanzplanung erhebliche Unsicherheiten enthält, die zu einem nicht unerheblichen Teil auch hausgemacht sind.“

I. Rahmenbedingungen unseres Haushaltes

Natürlich sind die konkreten Rahmenbedingungen unseres Haushaltes alles andere als einfach. Die Kommunen werden von der Ampelregierung im Stich gelassen. Das Konnexitätsprinzip wird fortwährend verletzt. Kommunen und ländliche Räume interessieren die Herrschaften in Berlin einen feuchten Kehrriem. Der beste Beleg dafür ist der Bundeshaushalt für 2024. Kommunale

Wärmeplanung, Schaffung von Ganztagsbetreuungsplätzen für Schulkinder, Ausbau des ÖPNV, Versorgung der Geflüchteten – die Aufgaben der Kommunen wachsen, gleichzeitig fehlen an allen Ecken und Enden die finanziellen Mittel.

Gerade hier im ländlichen Raum mussten wir leidvoll erfahren, was eine Naturkatastrophe bedeutet. Umso unverständlicher ist es, warum die Ampel im Katastrophenschutz besonders radikal spart. Die Reduzierung der GAK-Mittel (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz), des wichtigsten Fördertopfes für ländliche Räume, wird die ländlichen Kommunen hart treffen.

Der Migrationsdruck auf die Kommunen ist und bleibt hoch.

Anstelle einer notwendigen Attraktivitätssteigerung des ländlichen Raumes werden von der Ampel auch noch wesentliche Mittel aus dem Bereich der Verkehrswende gekürzt (präsenste, aber nur eventuell vorgetragene Stichworte: *Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme; Förderung des Radverkehrs; Marktaktivierung alternativer Kraftstoffe; Förderung des automatisierten, autonomen und vernetzten Fahrens; um 9 Mio gekürzt, eigentlich der Hoffnungsträger für ländliche Räume mit wenig Fahrgästen*).

Warum erwähne ich das? Ganz sicher nicht aus politischer Polemik! Herr Evert hat uns in seiner Haushaltsrede ganz zu Beginn, also an herausragender Stelle, deutlich gemacht, welche Gefahr diese fortwährenden Verletzungen des Konnexitätsprinzips in sich birgt. Die jährlichen Planergebnisse für den Zeitraum der Jahre 2024 bis 2027 weisen in Rheinbach Defizite in Millionenhöhe aus. Einzig der Griff jeweils in die Ausgleichsrücklage – Herr Evert nannte es „unsere Spardose“ – ich nenne es das „Tafelsilber“ – kann den Haushaltsausgleich herbeiführen. Von 16 Mio bleiben dann nach diesem Haushaltsjahr noch rund 9 Mio übrig. Wenn ein ähnliches Ergebnis auch im nächsten Jahr eintritt ist nichts mehr davon übrig und es droht ein Abrutschen in die Haushaltssicherung. Ich will das nicht unterstellen, aber wenn man böse denkt, dann könnte das, und hier ich zitiere ich sinngemäß den ehemaligen Rheinbacher SPD-Vorsitzenden Dietmar Dantz, „der Versuch sein, sich über die nächste Kommunalwahl im Jahre 2025 zu retten“. Die weitere Gefahr liegt dann nämlich auf der Hand: Steuererhöhungen! Die sind unpopulär und treffen mit Erhöhung der Grundsteuer und Gewerbesteuer unsere Bürger bis ins Mark. Aber diese Gefahr ist real! Die CDU Rheinbach wird alles dafür tun, solche Steuererhöhungen zu verhindern.

II. Herausforderung Investitionen

Von entscheidender Bedeutung für Rheinbach werden die geplanten Investitionen sein. Wenn sie umgesetzt werden!

Auf Vorschlag der CDU wurde im vergangenen Jahr die „Priorisierungsgruppe Investitionen“ ins Leben gerufen. Alle Parteien und die Verwaltung haben das begrüßt. Ich sage Ihnen ganz offen: Ohne die Einrichtung der Priorisierungsgruppe hätten wir schon dem letzten Haushalt vermutlich nicht zustimmen können. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war schon 2023 die Tatsache, dass die Ermächtigungsübertragungen im Haushalt für im Haushaltsjahr nicht abgearbeitete Investitionen, die eigentlich die absolute Ausnahme sein sollten, in Rheinbach die Regel sind! Von 2022 auf 2023 waren es immerhin 9,3 Mio und von 2023 auf 2024 sollen es nunmehr satte 15,2 Mio EURO sein! Und es kommen ja noch die Investitionen aus diesem Jahr hinzu, das dürften roundabout 25 Mio EURO sein! Es steht zu erwarten, dass die Verwaltung auch dieses Jahr wieder Investitionen in Millionenhöhe nicht realisieren können. Ich sage es Ihnen klar und deutlich: Wir sehen die Grundsätze der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit hierdurch gefährdet! Die AG Priorisierung, und auch das muss ich ganz klar sagen, konnte hier keine Abhilfe schaffen. Zwar sind Investitionen priorisiert

worden. Aber gerade im Hochbau ist die Anzahl hoch priorisierter Investitionen nicht umsetzbar. **Das Personal in der Verwaltung stößt zunehmend an Grenzen, während die Aufgabenfülle stetig größer wird. In diesem Kontext fehlen der CDU-Fraktion Konzepte des Bürgermeisters, wie und in welcher Reihenfolge das breite Aufgabenspektrum abgearbeitet werden kann.** Eine echte Priorisierung hat nicht stattgefunden. Ich weiß, Herr Bürgermeister, dass nach Ihrem Willen die Politik eine Reihenfolge der Investitionen festlegen soll. Das hat etwas vom „Schwarze Peter Spiel“. Um eine solche Detailpriorisierung vornehmen zu können, müssen wir von Ihnen und den Fachämtern zumindest erfahren, was wann wie notwendig ist, welche Zeitachsen maßgeblich sind, welche Förderkulissen bestehen, welche sonstigen zu berücksichtigenden Fakten maßgeblich sind, und und und. Das haben Sie nicht getan. Ganz abgesehen davon, dass wir alle Ehrenamtler sind mit einem beschränkten Zeitkontingent und in der Regel auch keine Baufachleute. Stattdessen, um die Sache für dieses Jahr zu retten, schlagen Sie uns nun eine Budgetierung der Investitionen vor. Nach langer Diskussion haben wir uns entschlossen, einem deutlich reduzierten Ansatzvolumen 2024 bei gleichzeitiger Bildung von investiven Budgets zuzustimmen. Dabei sollen die Budgets für Tiefbau und Gebäudemanagement in 2024 maximal in einer Höhe von 29,8 Mio EURO ausgeschöpft werden dürfen. Darüber hinaus gehende Beträge bis zu 34 Mio. EURO bedürfen einer erneuten Beschlussfassung und Freigabe durch den Rat. Wie besprochen, gehen wir von einer unterjährigen Berichterstattung Ihrerseits aus. Zwar haben wir Zweifel, wie Sie ausschließlich mit der erweiterten gegenseitigen Deckungsfähigkeit so deutliche Einsparungen realisieren und gleichzeitig die Investitionen umsetzen wollen, aber wir wollen dem durch Sie präferierten Ansatz eine Chance geben. Aber wir werden Sie auch daran messen!

An dieser Stelle erlaube ich mir den Hinweis, dass die Investitionen in der Regel kreditfinanziert werden. Daran ändert auch die Budgetierung nichts! Das war in Zeiten niedriger Zinsen vielleicht noch hinnehmbar, bei steigenden Zinsen wird das immer schwieriger. Der Zinsaufwand steigt von 1,2 Mio EURO 2022 in der Planung im Jahr 2027 auf 5,9 Mio EURO! Daneben hat Herr Evert in seiner Haushaltsrede im Dezember auf einen ganz wichtigen Punkt hingewiesen. Die Folgekosten von Investitionen für Bewirtschaftung, Unterhaltung und Abschreibung müssen zukünftig bei der Beschlussfassung berücksichtigt werden. Die Verwaltung macht dazu bislang keine Angaben und suggeriert damit, dass es keine Folgekosten geben wird. Hier muss die Verwaltung endlich umdenken! Wir werden darauf achten.

III. Die Wirtschaftsförderung

Wir sind uns vermutlich alle mit dem von Herrn Evert in seiner Haushaltsrede vorgetragenen Wunsch nach ständig steigenden Gewerbesteuererinnahmen einig, denn sie ist auf der Ertragsseite die entscheidende Größe für unsere Haushaltsentwicklung.

Dafür maßgeblich ist eine gute Wirtschaftsförderung. Die Stadt Rheinbach ist Mehrheitseigentümerin und Namensgeberin der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Rheinbach mbH. Diese WFEG hat ihren Sitz im ihr gehörenden Gründer- und Technologiezentrum, kurz gtz genannt. Sie, Herr Bürgermeister, sind der Aufsichtsratsvorsitzende.

Wir finden, dass es beunruhigend still um die WFEG geworden ist. Im Haushaltsentwurf findet sich zwar der Wirtschaftsplan der WFEG für 2024, aber kein konkreter Hinweis darauf, wie mit dem bei der Flut zerstörten Gebäude des gtz weiter verfahren werden soll. Die Umsatzerlöse sinken um 75% und ein Gegensteuern ist nicht ersichtlich! Die Krönung war im vergangenen Jahr, dass wir der Presse die Information über einen neuen Prokuristen der WFEG entnehmen durften. Hier muss es mehr Transparenz geben und mehr Engagement! Wir wünschen uns einen Dialog!

In diesem Zusammenhang sehen wir eine deutliche Parallele zu unseren Beschlüssen über ein aktives Baulandmanagement vom 7.2.22 (*Antrag der CDU und B90/Grüne vom 20.1.22; Vorlagennummer AN/0562/2022*). Wir haben sogar eine zusätzliche Stelle ab 1.10.2022 beschlossen und Mittel bereit gestellt. Getan hat sich bis heute nichts. Wir haben eben das Beschlusscontrolling zur Kenntnis genommen und wieder wird zum Thema Realisierungsgrad lediglich beschrieben, dass die Stelle nicht besetzt werden konnte. Was ist mit den Überlegungen, ob Baulandmanagement in der Verwaltung oder in der WFEG angesiedelt wird? Ob es eine Stadtentwicklungsgesellschaft geben wird?

Die Bevölkerungszahl Rheinbachs geht zurück, weil kein adäquates Bauland zur Verfügung steht und Interessenten, obwohl sie wegen der guten Infrastruktur lieber nach Rheinbach wollen, in der Nachbarschaft fündig werden müssen. Wenn überhaupt wird nach vielen Jahren des Stillstandes zaghaft im Pallotti-Areal und auf dem Majolika-Gelände gebaut, aber nur Wohnungen mit geringer Wohnflächenzahl, die für junge Familien unattraktiv sind, da sie verhältnismäßig teuer und zu klein sind. Das ist alarmierend!

Es bleibt dabei: Die drängenden Themen der hohen Miet- und Baulandpreise werden hier stiefmütterlich behandelt. Ohne aktives Baulandmanagement wird die Schaffung von Bauland zu Wohnzwecken, aber auch zu Gewerbebezwecken nicht gelingen! Überrascht waren wir daher beim ersten Studium des diesjährigen Haushaltsentwurfs über die Position „Grundstückskauf Baulandmanagement“ mit einem Ansatz von über 2,6 Mio EURO. Auf unsere Nachfrage hin wurde uns mitgeteilt, dass es dabei ausschließlich um den Ankauf von Grundstücken geht und dass diese Position mit „Baulandmanagement“ im eigentlichen Sinne nichts zu tun hat. Auch hier vermissen wir die notwendige Transparenz. In den Vorberatungen haben wir mehrfach auf diese Diskrepanz hingewiesen und zur Wahrung der Grundsätze der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit aufgefordert. Uns wurde zugesagt, die Benennung dieser Position zu ändern und wir vertrauen darauf, dass dies nun auch geschieht.

Apropos Intransparenz: Wenn Sie ein beredtes Beispiel dafür suchen, dann hat der Landsturm in seiner Sitzung am Wochenende zu dem Thema „Fahrradstraßen in Rheinbach“ alles gesagt. Dem kann man sich nur anschließen.

IV. Sonstiges

Eben haben wir über die Priorisierung von Investitionsmaßnahmen entschieden und bei der Investitionsnummer 22-0028 bezüglich der Bereitstellung einer zusätzlichen Dreifach-Turnhalle festgelegt, dass der Planungsbeginn auf 2025 verschoben wird, um einen realistischen Ansatz zu wählen. Dennoch sollen im Haushalt 2024 bereits 500.000 EURO dafür bereitgestellt werden. Das ist eine enorme Summe und es macht keinen Sinn. Und es ist auch nicht konsistent. In der ursprünglichen Priorisierungsliste mit Stand vom 11.01.2024, die Gegenstand der Beratungen der AG Priorisierung am 16.1.24 war, waren dafür noch 100.000 EURO vorgesehen. Also sollte es auch wieder darauf hinauslaufen.

V. Fazit

Wir befürchten, dass auch dieser Haushalt so nicht umsetzbar ist. Die Anzahl und Summe der Investitionen sind schlichtweg zu hoch. Die Priorisierung hat kaum Abhilfe geschaffen. Daher das Konstrukt der Budgetierung. Wir hoffen, dass es greift, sofern die Kommunalaufsicht den Haushalt auch insoweit genehmigt. Unter Zurückstellung erheblicher Bedenken wird die CDU-Fraktion dem Haushalt zustimmen.